

Vitol und sein Kohlegeschäft in Südafrika

Sperrfrist: Montag 24. August, 11 Uhr

Kurzfassung

Hintergrund dieses Berichts

Die Schweiz ist seit etwa 15 Jahren ein Knotenpunkt für den Rohstoffhandel. Der Bundesrat erkennt in seinem Grundlagenbericht Rohstoffe von 2013, dass der Bergbausektor und der Rohstoffhandel «eine besondere Herausforderung» bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten oder Umweltnormen sowie der Transparenz darstellt.¹ Der Bundesrat fügt hinzu: «Mit diesen Herausforderungen können auch Reputationsrisiken für einzelne Unternehmen sowie für die Schweiz als Land verbunden sein[...]».

Ziel dieses Berichts

Dieser Bericht ist eine Fallstudie, die zum ersten Mal den Menschenrechtsansatz von Vitol, einem Schweizer Rohstoffhändler, und einem seiner Zulieferer, Coal of Africa Limited, anhand der Kriterien der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP) untersucht. Ausserdem wurde auch die Verantwortung von Vitol im Hinblick auf die Auswirkungen seines Kohlegeschäftes in Südafrika auf die Gesundheit und die Umwelt untersucht.

Unternehmensprofil von Vitol

Der Schweizer Rohstoffhändler Vitol ist die umsatzstärkste Schweizer Firma. Sie machte 2014 einen Umsatz von 254 Milliarden Franken. Vitol handelt hauptsächlich mit Erdöl, aber auch mit anderen Rohstoffen wie Erdgas, Kohle, Energie, landwirtschaftlichen Produkten und Ethanol. Vitol ist auch in Verschiffung, Raffinerie und Marketing von Erdöl tätig. 2014 war das Unternehmen mit mehr als 30 Millionen Tonnen Kohle weltweit einer der fünf grössten Kohlehändler.

Die Transparenz in Bezug auf Menschenrechte und die Umwelt ist bei Vitol sehr beschränkt. Auf ihrer Homepage beschäftigt sich nur eine Seite mit dem Thema Unternehmensverantwortung (ein separater Teil der Homepage liefert Informationen zur gemeinnützigen Stiftung von Vitol).

Die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Der UNO-Menschenrechtsrat verabschiedete 2011 einstimmig die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Darin werden zum ersten Mal globale Standards festgelegt, um das Risiko negativer Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen auf die Menschenrechte zu berücksichtigen und zu verhindern. In den Prinzipien wird klar festgehalten, dass alle Unternehmen eine Menschenrechtspolitik einführen müssen. Dazu gehören, dass sie eine Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte wahrnehmen und eine angemessene Wiedergutmachung bei Menschenrechtsverletzungen anbieten müssen. Nur so nehmen sie ihre Verantwortung in Bezug auf Menschenrechte wahrnehmen.

Gemäss der Leitprinzipien umfasst die Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte die folgenden Massnahmen: 1) tatsächliche und mögliche Auswirkungen auf die Menschenrechte ermitteln; 2) die Ergebnisse solcher Untersuchungen in der Arbeit berücksichtigen und auf sie reagieren; 3) nachverfolgen, wie die Auswirkungen bewältigt werden; 4) darüber informieren, wie die Auswirkungen bewältigt werden.

Vitol sollte diese Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte einführen und dabei die folgenden Faktoren berücksichtigen: seine Vielzahl an Geschäftsbeziehungen; die Tatsache, dass es sowohl in einem risikoreichen Sektor (Rohstoffe), als auch in risikoreichen Kontexten tätig ist und seine wirtschaftliche Grösse (am Umsatz gemessen).

¹ Bundesrat, *Grundlagenbericht Rohstoffe*. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat, 2013, <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf>, S. 5 und 42 (eigene Hervorhebung).

Vitol hat grossen Einfluss auf Coal of Africa Limited (CoAL), einem Kohleabbauunternehmen mit Sitz in Australien, das aber in Südafrika tätig ist. Vitol ist ein gewichtiger Kunde von CoAL und besitzt zudem einen kleinen Prozentsatz der Aktien. Laut einer Vereinbarung ist Vitol der exklusive „trading agent“ für Exportkohle von CoAL. Gemäss der UN-Leitlinien muss Vitol diesen Einfluss nutzen, „um negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhindern oder zu mildern“, die durch die Tätigkeit von CoAL entstehen könnten.

Der Zusammenhang von Kohleabbau und Südafrika

Südafrika besitzt die fünftgrössten Kohlevorkommen der Welt. Kohleabbau hat mehrere negative Auswirkungen auf die Umwelt: Es wird viel Methan, einem starken Treibhausgas, und Kohlenmonoxid (CO) durch Sprengmittel freigesetzt. Dazu kommen die extreme Veränderung der Landschaft durch den Tagebau und die riesigen Berge von Abraum. Kohleabbau führt auch zu hohem Wasserverbrauch und Wasserverschmutzung. Das Recht auf Wasser wird beeinträchtigt. In Südafrika herrscht vielerorts Wasserknappheit. Die Staubbelastung verursacht ausserdem gewaltige Gesundheitsprobleme.

Die südafrikanische Regierung übt nur eine geringe Kontrolle über die Bergbauunternehmen in ihrem Land aus. Zum Beispiel gibt es in Südafrika fast 6000 aufgegebene Minen, von denen viele unkontrolliert das Wasser verschmutzen. Die Provinz Limpopo, in der die Minen von CoAL liegen, wird als „Korn- und Obstkammer von Südafrika“ bezeichnet. Dort werden bis zu 60 Prozent aller (Winter)Früchte, Gemüse, Maismehl, Weizen und Baumwolle von Südafrika produziert.

Coal of Africa Limited

Coal of Africa Limited (CoAL) ist ein australisches Unternehmen, das Heizkohle- und Koks-Projekte in der Provinz Limpopo entwickelt, entwickelt und die Kohle auch abbaut. CoAL hat massive Finanzprobleme und verzeichnete in den letzten Jahren Verluste einen starken Kursrückgang der Aktien. Keine ihrer Minen wird im Moment bewirtschaftet. Von den zwei in dieser Studie untersuchten Minen ist Vele geschlossen und Makhado ist noch in der Planungsphase.

CoAL veröffentlicht auf ihrer Website gewisse Informationen über soziale Themen und zu den Umweltthemen. Der Jahresbericht kann als relative transparent bezeichnet werden. Sie haben einige Massnahmen ergriffen, insbesondere im Bereich des Arbeits- und des Umweltschutzes. Ihr Ansatz deckt aber nicht alle Menschenrechte ab, wie zum Beispiel das Recht auf Gesundheit oder auf Wohnen.

Vele Mine

Die Mine Vele von CoAL ist geschlossen. Sie liegt in der Provinz Limpopo in einer Gegend mit grosser Wasserknappheit und einem reichen Kulturerbe. Die Mine ist umgeben von grossen Gemüse- und Obstplantagen. Sie liegt nur 9 km entfernt von der Mapungubwe-Kulturlandschaft, die von der Unesco als Weltkulturerbe geführt wird.

Unsere Untersuchung zu Vele erbrachte die folgenden Resultate:

- CoAL hat keinen angemessenen Konsultationsprozess zur Mine durchgeführt. (Die Präsentationen des Unternehmens waren nicht ausgewogen, der lokalen Bevölkerung blieben Informationslücken);
- CoAL hat Bedingungen seiner Wasserlizenz nicht erfüllt und musste 2010 eine Strafe von 9 Millionen ZAR (730 000 \$) bezahlen;
- Bauern und mehrere Umweltorganisationen haben aufgrund der Risiken für das Wasser massiven Widerstand gegen die Mine geleistet;
- Mehrere Organisationen haben eine Klage gegen die neue Umweltzulassung für die Mine eingereicht, in der CoAL die Abbaufäche von 102 auf 502 Hektar erhöhen will.

Die Mine könnte die folgenden Auswirkungen auf die Menschenrechte haben:

1. Das Recht auf Wasser könnte aufgrund des hohen Wasserverbrauchs und der Wasserverschmutzung verletzt werden, da die Mine nahe dem Limpopo (einem internationalen Fluss) gelegen ist;
2. Das Recht auf Arbeit könnte wegen der Zerstörung von 5650 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im Tourismus ebenfalls verletzt werden;
3. Das Recht auf Gesundheit könnte durch die Staubbelastung aus dem Bergbau und den Lastwagen-Transporten nach Musina (bis zu 856 Fahrten pro Tag) gefährdet sein;
4. Aufgrund der Staubbelastung und dem Lastwagenverkehr auf der Zugangsstrasse zur Mine stellt die Mine auch eine Gefahr für die UNESCO-Mapungubwe-Kulturlandschaft dar.

Makhado Bergbau-Projekt

Makhado ist ein Bergbauprojekt, für welches CoAL im Mai 2015 die Abbaurechte erhalten hat.

Unsere Untersuchung zu Makhado erbrachte die folgenden Resultate:

- CoAL hat keinen angemessenen Konsultationsprozess durchgeführt (Die Präsentationen des Unternehmens waren nicht ausgewogen, der lokalen Bevölkerung blieben Informationslücken);
- Das Dorf Mudimeli liegt sehr nahe bei der Mine (250 Meter) und wird von zwei Minen im Tagebau umgeben sein.
- Chief Mudimeli, Bauern und mehrere Umweltorganisationen haben aufgrund der damit verbundenen Risiken für das Wasser massiven Widerstand gegen die Mine geleistet.
- Mehrere Organisationen haben eine Klage gegen die Abbaurechte eingereicht.

Die Mine könnte die folgenden Auswirkungen auf die Menschenrechte haben:

1. Das Recht auf Wasser könnte aufgrund des hohen Wasserverbrauchs und der Wasserverschmutzung verletzt werden (der Tagebaubetrieb könnte dazu führen, dass die Bewohner und Bauern von Mudimeli nur noch einen begrenzten Zugang zu Wasser haben);
2. Das Recht auf Gesundheit könnte durch die Staubbelastung aus dem Tagebau, den Lastwagentransport und der Nähe des Tagebaus zum Dorf verletzt werden.
3. Das Recht auf Wohnen der Dorfbewohner könnte aufgrund der vom Unternehmen durchgeführten Sprengungen verletzt werden. Die Häuser können aufgrund der Schwingungen Risse bekommen.

Kumulative Wirkung

CoAL will nicht nur die Makhado-Mine im Kreis Vhembe errichten, sondern noch drei weitere Minen, die alle viel grösser als Makhado sein werden. Von vielen Dorfbewohnern und Bauern wird die Frage nach der kumulativen Wirkung dieser Minen auf das Recht auf Wasser, Gesundheit und Arbeit aufgeworfen. Insgesamt könnten mehrere tausend Arbeitsplätze wegen der CoAL-Minen zerstört werden. Deshalb verlangen Stakeholder von CoAL, eine regionale, strategische Verträglichkeitsprüfung durchzuführen, um die kumulative Wirkung zu untersuchen.

Auswirkungen der Kohle auf die Gesundheit und den Klimawandel

Die Kohleindustrie hat durch die Luftverschmutzung riesige Auswirkungen auf die Gesundheit. Die Weltgesundheitsorganisation rechnet, dass jedes Jahr ungefähr eine Million Menschen aufgrund der Luftverschmutzung durch Kohle stirbt. Ausserdem ist das Verbrennen von Kohle die weltweit grösste Einzelquelle für den Kohlendioxid-Ausstoss, der zur Klimaveränderung führt. Der Klimawandel beraubt die Menschen ihrer grundlegenden Menschenrechte auf Essen und Wasser, Wohnen, Sicherheit. Laut Generalsekretär der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel gibt es keinen Spielraum für neuen Kohleabbau. Vitol spielt eine wichtige Rolle, weil es eine Abnahmevereinbarung mit CoAL unterschrieben hat. Durch diese Vereinbarung wird die Öffnung neuer Kohleminen (wie Makhado) und der Ausbau und die Wiedereröffnung bereits geschlossener Minen (wie Vele) möglich.

Vitol spielt als einer der weltweit fünf grössten Kohlehändler eine Schlüsselrolle in der Kohleindustrie. 2014 handelte Vitol mehr als 30 Millionen Tonnen Kohle. Die Treibhausgase, welche bei der Verbrennung dieser Kohle entstehen, entsprechen 1,4 Mal der gesamten Treibhausgasemissionen der Schweiz. Die Auswirkungen dieser Kohle auf die Gesundheit sind



bedeutend. Vitol trägt eine Mitverantwortung an den negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte durch die Kohleindustrie.

Empfehlungen an Vitol

Auf ihrer Website und in ihren Publikationen gibt Vitol sehr wenige Informationen zu Corporate Social Responsibility (CSR) und ihrem Menschenrechtsansatz. Vitol ging auf die Einladung von *Brot für alle*, an einer Sitzung die Resultate dieser Untersuchung zu diskutieren, nicht ein. Sie haben auch den Fragebogen, welchen *Brot für alle* ihnen gesandt hat, um mehr Informationen über die Politik des Unternehmens zu erhalten, nicht ausgefüllt.

Nach den öffentlich zugänglichen Dokumenten und Informationen scheint es, dass Vitol auf Gruppenebene nur über einen begrenzten Menschenrechtsansatz gemäss der genannten Grundsätze verfügt. Weil Vitol aber ein bedeutender Rohstoffhändler ist, mit vielen Zulieferern arbeitet und mit grundsätzlich risikoreichen Rohstoffen handelt, sind wir der Ansicht, dass Vitol einen umfassenden Menschenrechtsansatz entwickeln sollte.

Als erstes sollte Vitol eine Menschenrechtspolitik festlegen.

Dann sollte der Rohstoffhändler die verschiedenen Teile der Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte umsetzen. Dazu gehören:

- 1) tatsächliche und mögliche Auswirkungen auf die Menschenrechte ermitteln;
- 2) die Resultate einer solchen Untersuchung berücksichtigen und darauf reagieren;
- 3) nachverfolgen, wie die Auswirkungen bewältigt werden
- 4) darüber informieren, wie die Auswirkungen bewältigt werden.

Schliesslich sollte Vitol ein Verfahren einführen, um Schäden wiedergutzumachen, wie z.B. ein Beschwerdeverfahren.

Folgerung

Diese Fallstudie zeigt, dass Handelsaktivitäten in der Schweiz mit negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte im Ausland in Zusammenhang gebracht werden können. Vitol hat die UNGP nicht umgesetzt, mit denen mögliche Menschenrechtsverletzungen verringert werden könnten.

Freiwillige Initiativen von Unternehmen sind nicht genug, um die Beteiligung von Schweizer Unternehmen, einschliesslich Händlern, an negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhindern. Es braucht verpflichtende Massnahmen. Deshalb ist Brot für Alle eine von 70 Organisationen, welche die Konzernverantwortungsinitiative unterstützen.² Sie ruft die Regierung dazu auf, dass jedes Schweizer multinationale Unternehmen eine Sorgfaltsprüfung im Bereich der Menschenrechte durchführen muss.

Bern/Luzern 24. August 2015

² Konzernverantwortungsinitiative Website, <http://konzern-initiative.ch/>